Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

Moskaus Offensive gegen die Verstärkung der NATO

Pazifismus und Atomangst

Die ersten Monate des Jahres 1958 haben eine kommunistische Propagandakampagne größten Stils gegen den Westen gebracht, deren Hauptobjekt die öffentliche Meinung Europas und Amerikas ist. Der Kreml versuchte mit demagogischen Parolen «Gegen die Wasserstoffbombe», «Für Verhandlungen auf höchster Ebene», «Für die Beseitigung der Machtblöcke» die der ständigen Abwehrbereitschaft überdrüssigen und durch den Zwang zur Kernwaffenrüstung in Gewissenskonflikte gestürzten Völker zum Verzicht auf ihre stärksten Verteidigungsmittel zu bewegen und hat damit, vor allem in Deutschland und England, gewisse Wirkungen erzielt. Die Politik des Atlantikpakts wird zum Teil mit nationalistischen Hintergedanken, zum Teil mit religiösen Begründungen und zum Teil aus einem blinden Pazifismus heraus als reaktionär verschrien und mit der bloßen Existenz der künstlichen Erdsatelliten die angebliche Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens begründet. Das Auftauchen dieser neuen Zeichen am Himmel scheint für eine ganze Schar namentlich deutscher Intellektueller das Signal gewesen zu sein, bisher gehegte Überzeugungen über die vom Kommunismus drohende Gefahr und das dringende Gebot atlantischer Solidarität — vielleicht auch einige Grundsätze der Logik — raschestens über Bord zu werfen und, «da nun doch alle Maßstäbe dahinfallen», sich einem hemmungslosen Wunschdenken über die «im Grunde friedfertigen Absichten Chruschtschews» und die «fortschreitende Emanzipation der Satellitenstaaten» hinzugeben. Gewiß, wir stehen vor einer neuen Situation, seit beide Weltlager die Mittel in der Hand haben, sich und den Rest unseres Planeten in kürzester Frist zu vernichten. Doch auch diese neue Situation will ernsthaft und ohne Illusionen überprüft sein. Wenn es richtig ist, daß heute keine Macht ein Interesse haben kann, einen totalen Krieg auszulösen, so muß sich die Anstrengung darauf richten, erstens dieses Gleichgewicht zu bewahren und zweitens jede Gelegenheit auszuschalten, in der die Drohung mit der Wasserstoffbombe zu Erpressungszwecken ausgenützt werden könnte. In all den «Friedens»-Vorschlägen, die von Moskau serviert und von der Opposition im Westen bereitwillig übernommen werden, verbergen sich derartige Gelegenheiten. Die heutige scharfe Abgrenzung der Machtsphären hat, trotz ihrer bedauerlichen Konsequenzen für Deutschland, den gewaltigen Vorteil, Erpressungsmanöver auszuschließen, weil ein klares «Bis hieher und nicht weiter!» eines Tages ausgesprochen worden ist. Der Theologe *Emil Brunner* hat es in einem mutigen Wort an die evangelischen Christen in Deutschland und England klargemacht, daß nur der deutlich manifestierte Wille zum Widerstand dem potentiellen Angreifer Einhalt gebietet und der blinde Pazifismus, auch wenn er im christlichen Denken wurzelt, zu einer Gefahr für den Frieden werden kann, weil er den Diktator im Kreml zu einer falschen Einschätzung der Situation verleiten könnte (NZZ 13. 4. 58, Nr. 1050).

Krieg der Offenen Briefe

Die gegenwärtige Phase des Kampfes um die öffentliche Meinung des Westens begann mit der Ankündigung Moskaus, die Sowjetunion verfüge über ein interkontinentales Ferngeschoß, der wenig später als praktische Demonstration die Lancierung des ersten Sputnik folgte. Die Erkenntnis, daß sich Amerika auf dem Gebiet der Raketentechnik hatte überflügeln lassen, und das Auftrumpfen Chruschtschews mit den neuen Waffen der Sowjetunion lösten in den USA eine heilsame Erschütterung aus, die ein rasches Ankurbeln der Rüstungsanstrengungen ermöglichte. Die westliche Abwehrbereitschaft wurde im Lichte der veränderten Situation überprüft. Das Ergebnis war der Vorschlag Washingtons an die europäischen Alliierten, die einzige in absehbarer Zeit verfügbare Antwort auf das russische Ferngeschoß, nämlich die amerikanischen «Thor»- und «Jupiter»-Raketen, auf ihrem Gebiet zu stationieren. Gleichzeitig mit der prinzipiellen Zustimmung zu diesem Plan beschloß der Atlantikrat im vergangenen Dezember, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung und wissenschaftlichen Forschung zu vertiefen. Den aufgetauchten Bedenken über die Gefahren eines endlosen Rüstungswettlaufes wurde dadurch Rechnung getragen, daß man die grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen mit Moskau, vornehmlich auf der Ebene der Außenminister, ankündigte.

Die starke Abwehrreaktion des Westens kam Moskau ungelegen. Um den geplanten Ausbau der NATO-Rüstung zu stören, wurde mit den Offenen Briefen Bulganins während und nach der NATO-Tagung eine Propagandakampagne eingeleitet, deren Hauptthemen «Gipfelkonferenz», Rapacki-Plan» und «Einstellung der Atomversuche» lauteten — alles Stichworte, für die im Westen mit einer sicheren Resonanz zu rechnen war. Das Echo blieb denn auch nicht aus; es äußerte sich in der Presse, in den Parlamenten und selbst im Schoß der Regierungen. Der von Moskau übernommene Plan des polnischen Außenministers Rapacki für eine atomfreie Zone wurde von den Staaten des Atlantikpakts nach Konsultationen im Ständigen NATO-Rat als unannehmbar abgelehnt, und die USA wiesen das Ansinnen einer unkontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche, trotz der auf Propagandawirkung berechneten Geste Chruschtschews, zurück, der vor dem Obersten Sowjet — kurz nach dem Abschluß einer russischen Versuchsserie — als Beweis friedfertiger Absichten den einseitigen Verzicht der Sowjetunion auf weitere Versuchsexplosionen verkündete. Um sich vor der Weltmeinung aber nicht dem Vorwurf eines starren Negativismus auszusetzen, haben die drei Westmächte in einem Punkt nachgegeben und ihre Bereitschaft zu einem Treffen der Regierungschefs angekündigt, unter der einzigen Bedingung, daß aus den diplomatischen Vorbereitungen die Aussicht auf eine Lösung bestimmter Fragen gegeben sein müsse. Mit ihrer prinzipiellen Zustimmung zu einer Abfolge von Botschafterbesprechungen, Außenministerkonferenz und Gespräch auf höchster Ebene haben sie es verstanden, die Sowjeterklärung über den vorläufigen Verzicht auf weitere Kernversuche zu parieren und teilweise ihrer Wirkung zu berauben. Nachdem die Panik der Sputnikkrise verflogen ist, die Aufrüstung der NATO gesichert und die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit von der wirtschaftlichen Rezession stark absorbiert ist, sind die psychologischen Gefahren einer Gipfelkonferenz im Augenblick weniger hoch einzuschätzen als noch vor wenigen Monaten. Damit scheint aber auch das russische Interesse schon nachgelassen zu haben. Der jüngste Appell an den Sicherheitsrat, die Bereitschaftsflüge der amerikanischen Atombombenträger zu verbieten, erweckt den Eindruck, als ob die Sowjets nicht mit einem baldigen Treffen der Regierungschefs rechnen würden.

Erfolge Nassers

Die von den Sowjetführern in Europa geführte Kampagne gegen den Ausbau des

Atlantikpakts hat ihre Aufmerksamkeit eine Zeit lang vom Mittleren Osten abgewendet. Seit der massiven Kriegsdrohung, mit der sie im vergangenen Herbst die Türkei und die Länder des Bagdadpakts unter Druck setzten und das sowjetfreundliche Regime in Syrien unterstützten, haben die direkten Aktionen Moskaus in jener Weltgegend aufgehört. Der von der arabisch-nationalistischen Opposition erzwungene Anschluß Syriens an Ägypten und die Gründung der jordanisch-irakischen Königsföderation als Antwort auf die Vereinigte Arabische Republik Nassers haben inzwischen das Bild der arabischen Welt stark verändert. In allen Mittelostaaten haben die nationalistischen Bewegungen aus diesem ersten Kristallisationsherd gewaltigen Auftrieb erhalten und ihre Propaganda für weitere Anschlüsse an den Staat Nassers verstärkt. Das Aufgehen Libanons in der Vereinigten Arabischen Republik wird von den Anhängern des ägyptischen Diktators nur als eine Frage der Zeit angesehen; in Jordanien und Irak stützen sich die Monarchien beinahe nur noch auf Heer und Polizei, und selbst in Saudiarabien, wo die überall zu Nasser neigenden arabischen Mittelschichten praktisch nicht vorhanden sind, hat sich ein Kurs der Anpassung an die neue Situation durchgesetzt. Die große Frage für die Zukunft des Vordern Orients liegt im Verhältnis Nassers zu den Sowjets. Vielleicht wird man aus der bevorstehenden Moskaureise des arabischen Staatschefs einige Anhaltspunkte gewinnen können. Die Parteigänger Nassers weisen auf das Verbot der kommunistischen Partei in Ägypten und Syrien hin und versuchen daraus einen grundlegenden Gegensatz zu Moskau zu konstruieren, ohne sich davon Rechenschaft zu geben, daß es für die Zwecke des Kremls genügt, wenn der ägyptische Diktator den westlichen Einfluß im Mittleren Osten zurückdrängt, die Erdölzufuhr Europas kontrolliert und Nordafrika unterwühlt. Das Schicksal der kommunistischen Parteien kann dem Realisten Chruschtschew neben diesen Vorteilen irrelevant erscheinen.

Krise der französischen Nordafrikapolitik

Der schwächste Sektor in der politischen und militärischen Abwehrfront des Westens ist heute unzweifelhaft Frankreich, das sich in einem endlosen Krieg in Algerien aufreibt und gleichzeitig im Innern die Regierungsautorität progressiv abnützt. Der Sturz der Regierung Gaillard hatte sich längst angekündigt und war nur aus Bedenken über das Nachher hinausgeschoben worden. Man sieht denn auch keine Alternative zu der bisherigen Regierungskoalition Mollets, Bourgès-Manourys und Gaillards, und es wird sich deshalb darum handeln, das zerbrochene Porzellan notdürftig zu flicken und aus den bisherigen Partnern ein neues Team zusammenzustellen, wenn eine Verzweiflungslösung wie die Berufung de Gaulles vermieden werden soll, von der selbst ernst zu nehmende Politiker sprechen. Das Dilemma der Algerienpolitik wird für jedes neue Kabinett das gleiche bleiben. Die bisherige Politik der starken Hand war nur deshalb möglich, weil die Sozialisten sie, entgegen ihren eigentlichen Neigungen, unterstützten und sogar selber die Verantwortung für eine totale Mobilisation der Kräfte Frankreichs übernahmen, die von einer Rechtsregierung niemals hätte durchgesetzt werden können.

Der vom sozialistischen Algerienminister Lacoste immer wieder vorausgesagte Erfolg ist jedoch ausgeblieben, und in seiner Partei regt sich die Unzufriedenheit. Anderseits beschuldigt die nationalistische Rechte, die an der Kriegführung in Algerien höchstens ein noch schärferes Vorgehen vermißt, den gestürzten Ministerpräsidenten der Nachgiebigkeit gegenüber Tunesien und den westlichen Alliierten. Während sich die Gegensätze in der französischen Parteipolitik verschärfen, wächst in London und Washington die Ungeduld, wenn ihr auch offiziell kein Ausdruck gegeben wird. In den angelsächsischen Hauptstädten empfindet man es als bedenklich, zusehen zu müssen, wie die Spannungen zwischen Frankreich und seinen früheren nordafrikanischen Protektoraten Marokko

und Tunesien zunehmen. Man ist sich dort im klaren, daß Bourgiba, wenn er seit der Bombardierung von Sakhiet auf der vollständigen Räumung seines Landes durch die französischen Truppen beharrt, dies weniger aus eigenem Antrieb tut, als um sein Volk hinter sich zu behalten. Wenn Frankreich ihn zurückstößt, wächst die Gefahr eines Umsturzes, der proägyptische oder möglicherweise prokommunistische Elemente ans Ruder bringen könnte. Die Ordnungskräfte Bourguibas sind so schwach, daß sie nicht einmal den von seinem Land aus agierenden Rebellentruppen der Nationalen Befreiungsfront Algeriens gewachsen sind. Mit dem Sturz der Regierung Gaillard hat der vom Sicherheitsrat gebilligte Vermittlungsversuch der beiden angelsächsischen Diplomaten *Murphy* und *Beeley* einen Unterbruch erfahren. Es macht den Anschein, daß Tunesien den Streit mit Frankreich während der Pariser Regierungskrise nicht in der Schwebe lassen will und früher oder später die Angelegenheit wieder vor die Vereinigten Nationen bringen wird.

Nemo

Bericht aus Moskau

Der neue rote Zar

Fünf Jahre nach dem Tode Stalins ließ sich Nikita Chruschtschew zum neuen roten Zar im Kreml designieren. Der 27. März 1958, an dem die Betrauung des bisherigen Parteiherrschers auch mit dem Amt des Regierungschefs erfolgte, bedeutet den Beginn einer neuen Periode in der Entwicklung der sowjetrussischen Diktatur. Der 64jährige Chruschtschew ist mit einer Dynamik geladen, die sich in den meisterhaft ausgefochtenen Machtkämpfen, in zahlreichen Reformplänen, hemmungslosen Reden und Zeitungsinterviews äußerte und nunmehr in der Konzentration der beiden höchsten Funktionen ihren Ausdruck findet. Oft hat man das Gefühl, daß der immerhin nicht mehr jüngste Kommunistenführer Rußlands einen halsbrecherischen Wettlauf mit der Zeit macht, um alle die Jahre nachzuholen, in denen er seinen offensichtlich unbegrenzten Ehrgeiz im Schatten des vor fünf Jahren verstorbenen mächtigen Georgiers bändigen mußte.

Formell gesehen hat Chruschtschew heute den gleichen Posten inne, den Stalin seit Mai 1941 bis zu seinem Ableben bekleidete. Der schlaue Bauernsohn hat absichtlich nach dem Tode Stalins auf die Trennung der Funktionen des Parteiführers und des Ministerpräsidenten gedrängt, um die Stellung Malenkows von vornherein zu schwächen und günstige Positionen für die erneute Zusammenballung der Macht — jedoch in der eigenen Hand — zu schaffen. Die Beherrschung des Parteiapparates hat ihm die Verwirklichung dieser Pläne rascher gestattet, als man dies in Sowjetrußland und im Ausland für möglich hielt.

Interessant ist dabei, daß Stalin 19 Jahre lang den Schein des Dualismus zwischen der Partei- und der Regierungsgewalt gewahrt hat und erst dann auf die formelle Alleinherrschaft den Anspruch erhob, als ihm der in Europa tobende zweite Weltkrieg die Motivierung eines solchen Schrittes erleichterte. Chruschtschew kann nicht einmal diese «mildernden Umstände» geltend machen. Vielleicht bediente er sich der Argumentation, daß die zu erwartende Gipfelkonferenz einen mit höchsten Kompetenzen ausgestatteten Unterhändler Moskaus erfordere und er, lediglich als ein Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets, an einem Verhandlungstisch mit Eisenhower protokollarisch im Nachteil sein würde. Es ist aber unwahrscheinlich, daß Chruschtschew eines Tages

nach den Gesprächen mit den westlichen Regierungschefs das Amt des Ministerpräsidenten an jemand anderen abgibt. Schon heute macht er den Eindruck eines machtberauschten Diktators, und es wird wahrscheinlich so bleiben, wie es bei seinem Vorgänger gewesen ist. Stalin hat nach dem gewonnenen Krieg die doppelte Funktion beibehalten und Chruschtschew wird allem Anschein nach ebenfalls auf die Ministerpräsidentschaft nicht verzichten wollen. Denn wer soll den mächtigen Alleinherrscher von dem roten Thron stürzen? Der einzige Rivale, der auf eine verhältnismäßig starke Anhängerschaft zählen könnte, Malenkow, ist von allen Verbindungen mit den alten Freunden abgeschnitten. Chruschtschew wird schon darauf achten, daß sein Gegenspieler, unter strengster Bewachung in dem mittelasiatischen Verbannungsort, keine organisatorischen Fühler ausstrecken kann. Und die sonstigen vermeintlichen Konkurrenten? Man sieht sie gar nicht. Molotow fristet seine Pensionsjahre im fernen Ulan Bato in der Mongolei, Schukow wurde bereits im vergangenen Herbst von den meisten anderen Sowjetmarschällen im Stich gelassen und Bulganin hat seine Degradation in serviler Weise vor allen Abgeordneten des Obersten Sowjets beklatscht.

Das Kabinett Chruschtschews

Die von Chruschtschew gebildete Regierung weist keine sensationellen Veränderungen auf. Aber immerhin läßt sich einiges über dieses Kabinett sagen. Was das Schicksal Bulganins angeht, so ist die Degradation des Altkommunisten härter als man es erwarten konnte. Denn Bulganin erhielt lediglich den Posten eines Bankdirektors. Gewiß, er hatte diese Stellung bereits Ende der dreißiger Jahre bekleidet, aber damals war er zugleich stellvertretender Regierungschef. Deutlicher konnte Chruschtschew seine Undankbarkeit dem Mitverschwörer gegen Malenkow und gegen Schukow nicht zeigen, denn der Präsident der sowjetrussischen Staatsbank rangiert in der Hierarchie der Sowjetgrößen an letzter Stelle.

Das Interessanteste an der Zusammensetzung der Regierung Chruschtschews dürfte wohl die Bildung einer Art inneren Kabinetts sein. Diese Körperschaft besteht aus zwei ersten Stellvertretern des Regierungschefs und aus vier einfachen Vizepremiers. Dieses innere Kabinett hat die oberste Kontrolle über die einfachen Ministerien und ist sowohl für die Außen- wie auch für die Innenpolitik und für das Wirtschaftsleben des Landes zuständig.

Chruschtschew stehen als unmittelbare Stellvertreter zur Seite, der — man könnte sagen — ewige *Mikojan*, der sich durch alle Klippen und Gefahren immer durchschlängelt. Der aus Armenien stammende und mit Chruschtschew fast gleichaltrige Politiker wird wahrscheinlich sowohl in den außenpolitischen Fragen wie auch über den Außen- und Binnenhandel seinem obersten Chef mit Ratschlägen dienen.

Eine neue politische Figur in der Regierungsspitze Moskaus stellt der andere erste Stellvertreter, *Frol Koslow*, dar. Mit ihm zieht die Generation der Fünfzigjährigen in die führenden Regierungsorgane ein. Koslow war noch bis vor kurzem ein reiner Parteifunktionär, der sich in Leningrad die ersten Sporen verdiente und als Leiter der dortigen Parteiorganisation Chruschtschew Schützenhilfe gegen Malenkow leistete. Vor wenigen Monaten betraute ihn der Parteichef mit dem Amt des Regierungschefs der Russischen Föderativen Republik und überließ ihm ein Mitspracherecht in den Schlüsselproblemen der Agrarpolitik. Es ist deshalb anzunehmen, daß Koslow, der als ein guter Organisator gilt, in Zukunft die nunmehr beginnende Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen überwachen wird. Von seinem steigenden Einfluß zeugt die Tatsache, daß er Chruschtschew auf der Reise nach Ungarn begleiten durfte.

Die anderen Schlüsselpositionen sind unter die einfachen Stellvertreter Chruschtschews verteilt worden. Der wichtigste von

ihnen dürfte der Chef des Planungsamtes, der erst achtundvierzigjährige *Kusmin* sein. Seit 1939 war Kusmin bis zum vergangenen Jahr ununterbrochen ein Parteiapparatschik und gilt als eine Entdeckung Chruschtschews. In seiner Hand konzentriert sich die gesamte Wirtschaftsplanung des Sowjetimperiums. Nach ihm rangiert *Ustinow*, ein Mann, der sich seit Jahren mit der Rüstungsindustrie beschäftigte und die gleichen Aufgaben unter Chruschtschew erfüllen wird. Ein anderer Vizepremier ist *Kossygin*, der schon zu Lebzeiten Stalins die Leicht- und Verbrauchsindustrie leitete und das gleiche jetzt tun wird. Und der letzte unter den vier einfachen Stellvertretern des Regierungschefs, *Sasjadko*, kommt aus der Kohlenindustrie in der Ukraine und war in den vierziger Jahren als Minister für diesen Wirtschaftszweig tätig. Ihm wird die gesamte Brennstoff- und Energiewirtschaft unterstehen.

Das neue Scheinparlament

Der neue Machtanstieg Chruschtschews vollzog sich diesmal unter Umgehung drastischer Methoden. Die Ausbootung Bulganins und die Übernahme der Regierungsgeschäfte erfolgte nicht in einem Machtkampf, sondern wurde mit Hilfe des neubestellten sowjetrussischen Scheinparlaments, auf legale Weise bewerkstelligt. Am 16. März gingen die fast 140 Millionen Sowjetbürger an die Wahlurnen, um die vorgeschriebene Liste der Kandidaten zu bestätigen. In den meisten Fällen fanden sie auf den Vordrucken neue Namen. Chruschtschew hat nämlich ein Revirement im Obersten Sowjet vorgenommen, das einem Erdrutsch gleichkommt. Von rund 1378 Abgeordneten sind nur 483 alte Deputierte geblieben. Ein solches Großreinemachen hat die Sowjetunion noch nie erlebt. Die Veränderungen in der Zusammensetzung der beiden Kammern des stummen Parlaments wurden immer in bescheidenen Grenzen gehalten. Nur der Krieg riß eine große Lücke unter den jüngeren Jahrgängen der männlichen Abgeordneten, die dann durch neue Deputierte ersetzt werden mußten. Dabei hat der Kreml-Herrscher nicht nur an die quantitativen, sondern auch an die qualitativen Fluktuationen gedacht. Dementsprechend hat sich die sozialpolitische Struktur der kommunistischen Volksvertretung des sowjetrussischen Staates wesentlich verändert. Im alten Obersten Sowjet vom Jahre 1954 wurden die Deputierten mehr nach dem Wunsch Malenkows als nach den Postulaten des verhältnismäßig zu jener Zeit neuen Parteichefs Chruschtschew zusammengestellt. Der damalige Ministerpräsident stützte sich vorwiegend auf die Abgeordneten aus den Reihen der Regierungsbeamten und der unteren Verwaltungsstufen, auf die Intellektuellen und auf die Armee. Chruschtschew dagegen hat seine Deputierten aus dem Reservoir der Landwirtschaft und Industrie geholt. Im Endeffekt ist die Zahl der Regierungsvertreter aus den zentralen Behörden und aus den einzelnen Republiken von 178 auf 70 zurückgegangen, die Armee hat statt 77 nur noch 50 Abgeordnete, unter denen außerdem ein starkes Revirement erfolgte, wahrscheinlich in Zusammenhang mit der Schukow-Krise, und die intellektuellen Berufe haben eine Verminderung um rund 40 Sitze erfahren müssen. Die Partei, das heißt die halbamtlichen und vollbezahlten kommunistischen Parteifunktionäre haben mit 264 Deputierten ungefähr den alten Stand gehalten; man muß dabei jedoch berücksichtigen, daß die Mehrzahl aller Abgeordneten im Obersten Sowjet, ungeachtet der Berufe und Ämter, der kommunistischen Partei angehören. Anstelle der ausgeschiedenen Berufsgruppen hat Chruschtschew die Zahl der Kolchosenvorsitzenden und der qualifizierten landwirtschaftlichen Arbeiter — meistens der sozial und finanziell bevorzugten «Helden der Arbeit» um rund 111 Sitze verstärkt. Außerdem hat der Diktator 261 Industriearbeiter und zahlreiche Wirtschaftsfunktionäre in den Obersten Sowjet hineingebracht. Auf diese Weise hat er eine Mehrheit nicht nur von den neugewählten Deputierten, sondern er stützt sich auch auf

die Majorität der landwirtschaftlichen und industriellen Vertreter, die zusammen mit den Parteiapparatschiks ein absolut williges und diszipliniertes Instrument in der Hand Chruschtschews bilden. Die stärkste Gruppe bilden die Abgesandten der landwirtschaftlichen Berufe, deren Zahl fast 400 Personen umfaßt. Es wäre jedoch falsch von einer Stärkung des Bauernelementes zu sprechen, denn darunter befinden sich vorwiegend diejenigen Parteifunktionäre und ausgesprochenen «Städter», die Chruschtschew im Rahmen der sogenannten «30 000-Mann-Aktion» in den Jahren 1955/56 zur Stärkung der Kolchosenwirtschaft aufs Land verschickte.

Mit einem solchen Obersten Sowjet glaubt der Alleinherrscher des Sowjetimperiums die bereits angelaufenen und die noch geplanten Reformen zur Aufpolierung und Modernisierung der bolschewistischen Diktatur ohne Schwierigkeiten bewerkstelligen zu können.

Alexander Korab

Bericht aus Ungarn

Feuerwehraktion in Budapest

Der 4. April 1958 brachte dem in Erbitterung verstummten ungarischen Volk die dreizehnte Wiederkehr des kommunistischen «Befreiungstages». Es war ein Karfreitag, der Ungarn überraschenderweise auch einen offiziellen «Freundschaftsbesuch» Chruschtschews bescherte. Nach der Militärparade, dem Vorbeimarsch bewaffneter Arbeitermilizen und dem Massenauftrieb von rund 600 000 Menschen am Vormittag des 4. April fand nachmittags ein ZK-Plenum in Anwesenheit des sowjetischen Partei- und Regierungschefs statt. Am Abend dieses Karfreitags gab die Budapester KP-Hierarchie zu Ehren der sowjetischen Delegation einen Staatsempfang. Der Empfangsabend sah die sowjetische und ungarische Parteielite, das östliche und westliche Diplomatenkorps der ungarischen Hauptstadt im gleichen Parlamentsgebäude versammelt, in dem am 4. November 1956 die revolutionäre Volksregierung Imre Nagys, infolge des heimtückischen Überfalls der Roten Armee, an ihrer legalen Amtsführung verhindert wurde. Erst nach Abwürgung des siegreichen Volksaufstandes durch die Sowjettruppen, am 7. November 1956, konnte dann die von den Kreml-Diktatoren eingesetzte Marionettenregierung Kádárs angelobt werden.

Auf der obersten Stufe der Haupttreppe wurden annähernd tausend staatsoffizielle Gäste von Ungarns Spitzenfunktionären begrüßt, bevor sie im Kuppelsaal Aufstellung nahmen, um das gleiche Zeremoniell mit Chruschtschew über sich ergehen zu lassen. Zufolge der Akustik des Riesenraumes wurde die wortreiche Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Präsidialrates, István Dobi, nur als unverständliches Stammeln vernehmbar. Erst als der neuernannte erste stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Koslow, antwortete, funktionierte die Lautsprecher-Anlage wieder. Der eigentliche Ehrengast dieses Regierungsempfanges, Genosse Nikita, hüllte sich offiziell in Schweigen, um später, an den überladenen Büfetts, lächelnd und toastend den leutseligsten Tyrannen unserer Epoche hervorzukehren.

Jedem Beobachter Chruschtschews an diesem Karfreitagabend des ungarischen Volkes war indessen bewußt, daß sich der neugebackene Alleinherrscher des Ostblockimperiums nicht zu einem ungezwungenen Rendez-vous per Flugzeug nach Budapest

begeben hatte. Vielmehr war und ist die eben erst errungene Einmann-Diktatur Chruschtschews bedroht und erforderte dringlich eine Feuerwehraktion des instinkthaft und aus der Situation handelnden Diktators an einem neuralgischen Punkt der Sowjetsphäre.

Kremlherrschaft und «Spalter»-Gruppen

Möglicherweise war noch Ende März 1958 in Budapest eine östliche «Gipfelkonferenz» geplant. Jedenfalls aber mußte schon allein die von Suslow inszenierte «Gründungskonferenz» eines neuen Kominform zu Prag, anfangs März 1958, Chruschtschew zu einem blitzartigen Gegenschlag veranlassen. Die Entspannungsoffensive des neuen Kremlherrn gegenüber dem Westen war auch dadurch bedroht, daß Prag (z. T. auch Budapest und Bukarest) ihre kaum verhohlene Abneigung gegen den «imperialistischen Kettenhund», Marschall Tito-Brož, bekundeten. Ebenso mußte der neue Kreml das sozialwirtschaftliche Chaos in der Ostzone, in Rumänien und Bulgarien als abträglichen Faktor für die erstrebte Ost-West-Konferenz bewerten. Nicht von ungefähr kündigte darum Chruschtschew am 9. 4. in Csepel eine baldige Wirtschaftskonferenz der Rubelblockländer an.

Während aber die endgültige Austragung des Kampfes zwischen «Revisionisten», «Dogmatisten», Anhängern und Gegnern Chruschtschews auf sowjetimperialer Ebene noch abzuwarten bleibt, gelang dem sowjetischen Partei- und Regierungschef in Ungarn die Um-Ordnung der Budapester Parteiränge: der Erste ZK-Sekretär der «Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei», János Kádár — mitsamt seinem Gesinnungsgenossen, dem Politbüromitglied Gyula Kállai noch kürzlich als «krank» erklärt — erfuhr die Bestätigung seiner Vorrangstellung als «Erster Mann» der ungarischen Volksdemokratie.

Gegenüber welchen gegnerischen KP-Gruppierungen mußte eigentlich der redegewandte Kádár mit seiner vorgeblichen «Linie des Verhandelns» von Chruschtschew gestützt werden?

Der Gewerkschaftsbund als Zünglein an der Waage

Die etwa 400 000 nachoktoberlichen Genossen der neugegründeten «Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei» bezeichnete gesprächsweise ein führender Arbeitermilizler als Konglomerat überzeugungswilliger Rest-Kommunisten, ohne besondere Befähigung, von Opportunisten, von machtpolitischen Routiniers und getarnten «Konterrevolutionären». Die Industriearbeiterschaft in dem 10-Millionenstaat betrachte einzig und allein die Fachgewerkschaften als eine Art Ventil für ihre sozialen Wünsche und Beschwerden.

Ein Blick auf die ungarische KP-Hierarchie überzeugt jedenfalls, daß Ungarns kommunistische Gewerkschaftsführung Kádár unterstützt und dem Ersten ZK-Sekretär Rückendeckung sowohl gegen die vordrängenden, ehemaligen Rakosi-Anhänger als auch gegen den rechten Flügel der Partei bietet. Der ehemalige Polizeichef, Innen- und Heeresminister, seit Jahresbeginn 1958 zum Premier aufgerückte Münnich mochte ursprünglich als Exponent eines «harten Kurses» und Gegenspieler Kádárs vorgeschoben worden sein. Im Schatten Chruschtschews rangiert er nunmehr als Platzhalter Kádárs und hat die Aufgabe, Ungarns Parteichef vor allzu rascher Abnützung zu bewahren. Bemerkenswerterweise zitierten dagegen das offizielle ungarische Nachrichtenbüro MTI und TASS noch am 3. April 1958 den Vizepremier Antal Apró (Politbüromitglied und ehemaliger Schuhmachergeselle) als ungarisches Delegationsmitglied der Budapester Verhandlungen Chruschtschew-Kádár an dritter Stelle. Das gemeinsame Schlußcommuniqué vom 9. 4. dagegen erwähnt Apró nicht mehr und ersetzt ihn in der offiziellen Rangordnung durch den Budapester Parteisekretär György Marosán. Apró

war als «stalinistischer» Politruk bekannt. Der mit Kádár fast gleichaltrige Marosán besitzt wohl ein Übermaß an dialektischer Suada, kommt jedoch für eine verantwortungsvolle Spitzenstellung ernstlich nicht in Frage.

Liquidierung und Selbstliquidierung der KP-Führungsränge zwischen 1952 und der Oktoberrevolution 1956 haben die ungarische «Führerreserve» jedoch soweit dezimiert, daß der Chruschtschewist Kádár im Augenblick sowohl gegenüber Gefolgsleuten Rakosis und Gerös, als auch gegenüber Varianten des gebannten und verfemten Imre Nagy geradezu zwangsläufig das Feld behaupten muß.

Passiver Widerstand der Arbeiter und Bauern

Nach einigen unleugbaren Kundgebungen des Mißfallens anläßlich der Ankunft Chruschtschews am 2. April 1958 in Budapest beschränkte sich Radio Budapest auf Bandübertragungen wohlorganisierter und «nichtendenwollender Begeisterungsstürme» für die Ehrengäste aus der UdSSR. Wie ist es tatsächlich um die Gesinnung und Stimmung der ungarischen «Werktätigen» bestellt?

Wohl macht sich innerhalb der Intellektuellen und des noch nicht liquidierten Bürgertums, angesichts des Nachoktobers, eine gewisse Resignation bemerkbar. Das Bauerntum und vornehmlich die Industriearbeiterschaft bezeugen dagegen häufig einen ungebrochenen Widerstandsgeist gegenüber den sowjetischen Kolonisatoren. Kürzlich erst bezifferte ein parteioffizieller Redner die Anzahl der «Regimefeinde» mit etwa 700 000 Ungarn.

Hiezu ist festzustellen, daß vereinzelte oder belegschaftsmäßig «organisierte» Auflehnung gegen das KP-Regime keineswegs nur auf die herrschenden Mißstände in der ungarischen Staatswirtschaft zurückzuführen ist. Vielmehr hat sich seit dem von den Sowjets blutig niedergewalzten Oktoberaufstand 1956 eine z. T. abgrundtiefe Feindschaft gegen den Sowjetkommunismus in die Herzen der Ungarn eingebrannt, die sich bei der geringsten Gelegenheit immer wieder als virulent erweist.

Ungarns sozialwirtschaftliches Provisorium

Seit der Oktoberrevolution haben die Auslandschulden Ungarns fast 1,5 Mrd. Rubel erreicht; für 1957 betrug das Außenhandels-Defizit immerhin 2 Mrd. Forint (ca. 0,68 Mrd. Rubel; 4 Rubel = 1 US $). Trotz — oder gerade wegen — dieser hohen Passiv-Salden liegen Reallöhne, Sozialleistungen und Lebenshaltung der ungarischen Erwerbstätigen derzeit noch über dem allgemeinen sozialwirtschaftlichen Niveau Rumäniens, Bulgariens und z. T. Polens. Der Herbst 1957 ergab u. a. für Gerste, Hafer, Mais wahre Rekordernten im Vergleich zu den niedrigen Durchschnittserträgen seit 1945. Während die Grundstoff- und Schwerindustrie gegenüber 1956 sogar rückläufige Produktionsziffern aufweist, zeigen Leichtindustrie, Lokalunternehmen und privates Kleingewerbe gegenüber 1956 produktionsmäßig einen Anstieg um 38%, im Vergleich zu 1955 um 15%. Der Bruttoindex der gesamten Industrieerzeugung Ungarns übertraf infolgedessen die globalen Vergleichsziffern von 1956 um 17%, jene von 1955 um 6%.

Indessen geben sich Ungarns kommunistische Gewalthaber intern diesbezüglich keiner Täuschung hin, daß die Anziehung der landwirtschaftlichen Kollektivierungsschraube, die neuerliche Akzentverlagerung auf den Sektor der überdimensionierten Schwerindustrie und der eines Tages unweigerlich anlaufende Schuldendienst an sowjetisch-volksdemokratische Kreditoren das provisorische Gleichgewicht der ungarischen Sozialwirtschaft gefährden muß.

Wer heute den Stadtkern Budapests besichtigt, bemerkt die z. T. neuen Fassaden renovierter Häuser, attraktivere Auslagen, da und dort besser gekleidete Menschen im Verhältnis zum Winter 1956/57, auffallend viele Kinder des bis jetzt geburtenreichen

Landes. Sogar die Provinz deutet mit Schaufensterwaren eine gleichmäßigere Versorgung an, als sie in den anderen Volksdemokratien üblich ist. Allein der Blick auf die Preistafeln belehrt den Beobachter, daß z. B. eine wollene Herrenweste mittlerer Güte für 990 Forint oder ein elektrischer Rasierapparat (Standardqualität) für 950 Forint mindestens dem anderthalbfachen Monatseinkommen der Lohnempfänger entspricht. Ein besserer Herrenanzug zwischen 2000 und 3000 Forint, Qualitätsschuhe für 300 bis 400 Forint je Paar übersteigen die Kaufkraft des Durchschnittsverdieners bei weitem. Der grassierenden Wohnungsnot kann mit den bisherigen Parteireden und Versprechen selbstverständlich nicht gesteuert werden.

Die geistig-seelische Ruinenlandschaft

Die konformistische Wüstenei des literarischen und künstlerischen Schaffens im Nachoktober, ideologische Angstkomplexe bis hinauf in hohe Funktionärskreise, der seelische «Hooliganismus» der nachwachsenden Jugend überzeugen den Beobachter davon, daß im Grunde diese geistig-seelische Ruinenlandschaft den Alltag der ungarischen Volksdemokratie grau und freudlos gestaltet.

Ein fast erschreckendes Kapitel dieser kulturellen «Gleichschaltung» bildet die Ende November 1957 fast lückenlos beendigte Uniformierung und parteigemäße Umbesetzung der offiziellen Kirchenleitungen Ungarns. Als wir am 29. März 1958 die Pressekonferenz des knapp wiedergewählten hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller in Budapest miterlebten, wurde uns die christliche und demokratische Mitverantwortung des «Westens» für die seelische Zwangslage und Prostituierung der ungarischen Schwesterkirchen drückend bewußt. Niemöller verzichtete auf ein brüderliches und mutiges Wort zugunsten des bekennermäßigen Notstandes der Christen in Ungarn, um desto eifriger den «Notstand» der protestantischen Kirchen im geteilten Deutland, die Auflehnung und eine Streikwelle *gegen* die frei gewählte Volksvertretung der Deutschen Bundesrepublik und die unbehelligt diskutierte Kernbewaffnung der deutschen Bundeswehr zu proklamieren. Gewiß, man kann über Ausmaß und Zweckmäßigkeit dieser westdeutschen Abwehrmaßnahme verschiedener Meinung sein. Bezeichnenderweise aber sagte uns ein ungarischer Berufskollege, an dessen «sozialistischer» Einstellung kein Zweifel besteht, nach Beendigung der Niemöllerschen Konferenz: «Zu dieser Selbstbefleckung des eigenen Volkes und Staates vor einem internationalem Forum ist eigentlich nur ein Deutscher fähig!» — Atmosphärisch wird man die Aussagen des hessischen «Weltfriedens»-Kämpfers als vortreffliche Vorbereitung des Chruschtschew-Besuches in Ungarn bezeichnen dürfen.

Budapest und die Gipfelkonferenz

Der nachoktoberliche Kreml wünscht eine Gipfelkonferenz «um jeden Preis», weil er sie offenbar nötig hat. Wieweit läßt sich der neuntägige Aufenthalt Chruschtschews in Ungarn als psychologisches Vorspiel zu einem solchen Ost-West-Treffen auf höchster Gipfel-«Ebene» ansprechen?

Hatte der inszenierte «Jubel der ungarischen Volksmassen» um Chruschtschew und Genossen dem Westen die «ewige Freundschaft» zwischen Ungarn und der UdSSR und die «Einheit» von Volk und Führung vorzudemonstrieren, so fehlte auch festliches Selbstlob des Sowjetdiktators und seiner Satrapen auf die volksdemokratische Zwangsordnung in Ungarn nicht. Innenpolitisch hat Budapest die Zügel neuerlich gestrafft. Außenpolitisch sind eindrucksvolle Scheinkonzessionen nicht ausgeschlossen. Ostmitteleuropas Status quo ist für den Kreml undiskutabel. Dieser zentral dirigierte Besitzstand Moskaus in Zwischeneuropa ist aber offenbar infolge blockinterner Spannungen gefährdet. Darum unternahm Chruschtschew die eilige Flugreise nach Budapest.

Wie auch immer die Vorverhandlungen für die geplante Gipfelkonferenz verlaufen, hat der Westen Chruschtschews Osterreise nach Ungarn in dem Sinne zu interpretieren, daß die volksdemokratischen «Faustpfänder» im Machtgriff des Kremls weder jetzt, noch «ewig» eine Rechtsbasis für einen Kompromiß abgeben können. Gerade Ungarn bleibt nach dem demonstrativen Einschüchterungsversuch des neuen Kreml-Herren in Budapest die Mahnung an das Weltgewissen — aber auch an den politischen Wirklichkeitssinn der Weltdemokratie. Denn ohne sittlich-humanitäre Grundlage der west-östlichen Verständigung sind alle Koexistenzbestrebungen illusionär und bedrohen den erhofften Weltfrieden zusätzlich.

Die militärische Verteidigung des Westens

Immer noch zählen die militärischen Probleme zu den brennendsten. Der Grund liegt darin, daß ein zukünftiger Krieg den ganzen Westen mit totaler Vernichtung oder brutaler Versklavung bedroht, während sein Ausgang nicht in erster Linie vom Verlauf der militärischen Operationen, sondern vielmehr von der im Frieden durchgeführten Vorbereitung und den eingenommenen Ausgangspositionen abhängt. Verschärfend wirkt die Tatsache, daß jedermann schon heute die Fronten klar erkennen kann. Es gibt kein labiles Gleichgewicht mehr zwischen den Mächten, wie zur Zeit der Kabinettspolitik, da Bündnisse und Gegenbündnisse häufig wechselten. Heute liegen vielmehr so schwere Gewichte beidseits auf der Waage, daß sie sich nur unter größtem Aufwand in ihrer Stellung zueinander verändern lassen.

Obwohl die Bedrohung unserer Existenz und unseres Schicksals an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, gibt sich die westliche Öffentlichkeit zu wenig Rechenschaft über die Gefahr, die aus Sorglosigkeit, ja sogar absichtlich übersehen wird. Es gehört deshalb geradezu zu ihrer Verantwortung, wenn die akademische Jugend sich mit dem Problem der Selbstbehauptung und der entsprechenden Aufklärung der Öffentlichkeit befaßt. Den *Zürcher Studenten* gebührt besonderer Dank, daß sie die Anregung zu einem Vortragszyklus über *die militärische Verteidigung des Westens* aufgriffen. Im vergangenen Wintersemester sprachen in der Universität Zürich eine Anzahl ausländischer und schweizerischer Redner von Rang zu diesem Thema: Oberst i. Gst. *Heberlein*, der sich seit längerer Zeit mit dem Einfluß der modernen Kriegstechnik auf Strategie und Taktik befaßt, Oberst i. Gst. *Cuénoud*, der Leiter der Militärschule an der ETH, dessen weltstrategische Übersichten bekannt sind, Major *Tobias* von der Informationsabteilung der NATO, der belgische Minister *van Zeeland*, der frühere stellvertretende Stabschef der Royal Air Force, Sir *Iveland-Chapman* und der ehemalige holländische Generalstabschef *Kruls*. Eine Zusammenfassung ihrer hauptsächlichsten Ergebnisse sei im folgenden versucht.

Der Westen hat ein Gut, das wert ist, verteidigt zu werden: die Freiheit. Sie ist bedroht durch den totalen Herrschaftsanspruch der Sowjetunion, deren Machtpotential dauernd wächst. Um dieser Gefahr zu widerstehen, braucht es auch auf seiten der friedliebenden Völker, welche den Krieg nicht als Mittel der Politik anerkennen, eine reale Macht. Ihre Funktion ist erstens, den Aggressor abzuschrecken oder, wenn das nicht gelingt, mit Vergeltungsschlägen niederzuwerfen. Zu dieser Macht gehören aber nicht nur die strategischen Bomberflotten der USA und Großbritanniens mit ihren Atom- und Wasserstoffbomben und in nicht mehr

allzuferner Zukunft die interkontinentalen Raketen, sondern sie ist aus sehr komplexen Elementen zusammengesetzt, die sich auch nicht allein durch Zahlen von Divisionen und Kriegsmaschinen ausdrücken lassen. Vor allem beruht diese Macht auf geographischen Positionen. Hier zeigt sich zunächst ein Vorteil der freien Welt, die über die Meere verfügt, während der Gegner sich erst aus seiner Binnenlage herauskämpfen muß. Ein Kranz von Stützpunkten zwingt ihn zur Aufteilung seiner Angriffsmittel, verhindert einen 100% erfolgreichen strategischen Überfall und erlaubt es dem Westen, konzentrierte Gegenschläge zu führen. Die früher als Vorteil geltende innere Linie ist im Atomzeitalter ein Nachteil.

Diese geographischen Positionen sind indessen nicht ungefährdet. Bereits haben die Kämpfe auf der wichtigsten Flanke der vorgeschobenen Bastion Europa begonnen. Der Kampf Frankreichs in *Afrika* darf nicht allein unter nationalem oder kolonialem Blickwinkel gesehen werden. Es geht dort ebensosehr um den Besitz der strategischen Basis für die westliche Verteidigung in Europa. Hier treffen sich bereits kalter und heißer Krieg und zeigen, daß ein Vorgehen allein mit militärischen Mitteln unsere Sicherheit nicht gewährleisten kann.

Eine zentrale Frage, die in allen Vorträgen berührt wurde, ist diejenige nach Sinn und Wirkungsweise der sogenannten Abschreckung. Sie hängt zusammen mit dem infolge der ungeheuren Wirkung moderner Nuklear- und Thermonuklearwaffen gewandelten Begriff der Verteidigung. Was heißt heute «verteidigen», wenn es nicht mehr möglich ist, Land und Leute vor Vernichtungsaktionen großen Stils zu schützen? Der einzelne Staat kann diese Aufgabe im alten Sinne nicht mehr lösen. Nur im Zusammenschluß und im gemeinsamen Einsatz der Kräfte liegen noch Möglichkeiten. Die militärische Verteidigung umfaßt heute den Aufbau einer möglichst starken Vergeltungsmacht, die dem Gegner einen Krieg unrentabel erscheinen läßt, weil er mit seiner eigenen Vernichtung zu rechnen hat. Ist ein totaler Atomkrieg aber einmal ausgebrochen, wird sich die innere Haltung der Völker als entscheidend erweisen, das heißt die Kraft, das «lieber tot als Sklave» zur Maxime zu machen.

Der Entscheid, die Vergeltung auszulösen, erhält in dieser Perspektive die schwerwiegendste Bedeutung. Es ist verständlich, daß der Wunsch auftaucht, beschränkte gegnerische Aktionen mit gleichfalls beschränkten Kräften einzudämmen. Vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet wäre eine eindeutige Haltung erwünscht, welche klarlegt, daß jeder — auch der kleinste — Übergriff mit dem Vergeltungsschlag beantwortet wird. Sie ist politisch und moralisch nicht einnehmbar. Niemand kann zum Beispiel den europäischen Völkern zumuten, daß ein totaler Atomkrieg, der ja hauptsächlich auf ihrem Gebiete ausgetragen würde, bereits wegen kleinen Vorstößen des Ostblocks ausgelöst wird. Die Forderung nach einer graduierten Abschreckung ist darüber hinaus als Sicherung berechtigt, damit nicht irgend eine untergeordnete Stelle, die über die notwendigen Machtmittel verfügt und für den Ernstfall verfügen muß, den ganzen ungeheuren Vergeltungsapparat auf Grund einer falschen oder voreiligen Beurteilung auslöst.

Es braucht also neben dem Vergeltungsschwert auch noch den «Schild», wie ihn die NATO nennt, das heißt ausreichend starke Sicherungskräfte, die imstande sind, lokale Angriffe zu bereinigen und vor allem hinhaltend zu kämpfen, damit der Entscheid über den Einsatz der schweren strategischen Vergeltungsmittel in Ruhe gefällt werden kann. Auch diese Sicherungskräfte, deren Zahl allein für Europa mit 30 Divisionen und zusätzlichen Territorialtruppen veranschlagt wird, sind atomar bewaffnet, indessen nur im taktischen und operativen Rahmen. Eine Vernichtungsaktion auf das feindliche Hinterland ist ihnen nicht möglich.

Schwert und Schild sind also gleicherweise notwendig. An diese fundamentale

Feststellung schlossen die Referenten je nach ihrem Sachgebiet teils streifend, teils ausführlich eine Reihe militärtechnischer Fragen an. Wie groß ist das Potential beider Machtblöcke? Wie verändert es sich? Wie kann heute die Luftverteidigung gewährleistet werden? Reichen die See- und Landstreitkräfte zur Zeit aus? Wie weit ist die NATO zum brauchbaren Instrument herangereift? Immer wieder kam zum Ausdruck, wie sehr die in rasender Eile zur absoluten Wirkung eilende Waffentechnik eine dauernde Anstrengung erfordert und keinen Stillstand erträgt und wie sie in immer vermehrtem Maße den Punkt der Entscheidung über den Ausgang einer kriegerischen Auseinandersetzung bereits *vor* ihren Beginn verschiebt. Dies ist vielleicht ein Grund, weshalb ein Redner die Frage eines Präventivkrieges für den Westen trotz aller moralischer Bedenken aufwarf und warum niemand auf die operativen Gegenmaßnahmen im Falle des Kampfes eingehender zu sprechen kam.

Als wichtigste Erkenntnis dieser Vortragsreihe lassen sich zusammenfassen: Die westliche Welt kann sich nicht auf ihr gesamthaft größeres wirtschaftliches Potential und ihre größere Volkszahl berufen. Entscheidend sind nicht die potentiell vorhandenen, sondern nur und fast ausschließlich die bei Beginn des Konflikts einsatzbereiten Machtmittel. Auf eine Umstellung der zivilen Produktion auf Kriegswirtschaft und eine länger dauernde Mobilisierung der Massen kann nicht gehofft werden. In einem kommenden globalen Krieg wird die Entscheidung schnell fallen. Noch wichtiger als die Behebung einzelner technischer Mängel am herrschenden Verteidigungssystem ist deshalb der Wille der Völker, alles zu tun, diese Verteidigung zu gewährleisten und wirksam zu gestalten. Die militärischen Anstrengungen können nur einen Teil der umfassenden wirtschaftlichen und geistigen Gesamtanstrengungen bilden. Eine Tatsache, die auch uns Schweizern, die in kleinerem Maßstab ähnliche Verteidigungsprobleme haben, tief beeindrucken muß.

Gustav Däniker